X.

Deutschlands Austritt aus dem Völkerbund 1933

Seit Bismarcks Abgang wurde in Europa vorwiegend destruktive Politik getrieben. Besonders in bezug auf Europa selbst. Dem ersten Kanzler des preußisch-deutschen Kaiserreiches war es gelungen, unserem Erdteil durch seine Bündnissysteme einen jahrzehntelangen Frieden zu bescheren, indem er Frankreich isolierte und dadurch dessen Drang nach Ausdehnung Halt gebot, während er zugleich von England erreichte, daß es sich an das Übergewicht der Mitte durch Beitritt zum Mittelmeer-Abkommen anlehnte. In der Zeit von 1890 bis 1914 aber wurden die Grundlagen dieses Friedens Stück für Stück beseitigt und damit die Vorbedingungen für den Weltkrieg geschaffen, der, vom europäischen Standpunkt aus betrachtet, die furchtbarste Katastrophe war, die jemals über unseren Kontinent hereingebrochen war. Das Verhängnis der eingetretenen Wandlungen in der Gesamtlage bestand in erster Linie darin, daß sich die alten französischen Bestrebungen nach Beherrschung des Festlandes mit der ebenso alten englischen Tendenz, im Namen des „Gleichgewichtes" keinen Aufstieg einer einzelnen Macht auf eben diesem Festlande zu dulden, verbanden und daß beide Richtungen Gelegenheit fanden, auch noch den russischen Osten zum Bundesgenossen zu gewinnen. Daß Großbritannien diesmal mit Frankreich zusammenging, hatte seinen Grund in dem unzweifelhaften Absinken des letzteren Landes von der Höhe seiner früheren politischen Bedeutung. Es konnte für das Inselreich, selbst wenn es siegte, nicht mehr wirklich gefährlich werden, denn es hatte, durch seine Kämpfe im Laufe des 19. Jahrhunderts bereits stark erschöpft, aufgehört, ein bedrohlicher Konkurrent in Übersee zu werden. Zumal wenn England die Republik sozusagen unter seine Fittiche nahm, vermochte es jederzeit, den schwächeren Freund im Einklang mit seinen

Interessen zu zügeln. Auf der anderen Seite mußte Rußland, gegen Deutschland und Österreich-Ungarn gewandt und dort in ein blutiges Ringen verwickelt, aufhören, seinen teilweise äußerst empfindlichen Druck auf britische Einflußgebiete in Asien, in erster Linie auf Persien und Indien, auszuüben. Als der Weltkrieg dann zu Ende ging, hatten die Verbündeten des Zarenreiches sogar das Glück, daß dieses zusammenbrach und ihnen dadurch die Möglichkeit gab, ihm überall da, wo es ihren Wünschen entsprach, Schranken zu setzen.

In dem Augenblick, da Deutschland infolge des britischen „Sieges" über seine heimische Bevölkerung vermittels der Hungerblockade und den durch deren Wirkungen entfesselten Umsturz im Innern die Waffen strecken mußte, hatten die beiden Richtungen, die wir oben nannten, die französische und die englische, freien Spielraum, sich hemmungslos auszutoben. Das Ergebnis hiervon war die sogenannte Neuordnung Europas, die in den Friedensdiktaten aus dem Jahre 1919 festgelegt wurde. Sie bedeutete ihrem Inhalte nach nichts anderes, als einen Kompromiß zwischen dem Begehren Frankreichs, auf dem Kontinente zu befehlen, und dem Verlangen Großbritanniens, den Kontinent niederzuhalten. Zwei restlos anti-europäische Strömungen triumphierten zugleich, während in den zurückliegenden Zeiten jeweils nur immer eine von ihnen hin und wieder zur Entfaltung gelangt war. Das war der eigentliche Grund, warum Europa jetzt in ein noch nie vorher dagewesenes Unglück gestürzt wurde. Alle positiven Kräfte zur Gestaltung seines Schicksals waren ausgeschaltet, die negativen allein walteten nach freiem Belieben. Und in der Tat setzten die letzteren alles daran, um die ersteren für immer zu ersticken.

Die grenzenlose Verheerung, die sie anrichteten, ist bekannt. Dennoch soll hier versucht werden, sie wenigstens insoweit zu umreißen, als das Zusammenspiel der zwei zerstörenden Gewalten an ihr deutlich sichtbar wird.

Der englische Grundsatz des „Gleichgewichtes" forderte die Zerschlagung aller jener staatlichen Gebilde, die noch zur Entwicklung eines irgendwie größeren Einflusses fähig gewesen wären. Ein buntes Durcheinander von kleinen und kleinsten Einheiten mußte deshalb an ihre Stelle treten, denn ein möglichst zerhacktes, auseinandergenommenes Europa versprach dem Inselreich jenseits des Kanals die ungestörte Ruhe zum weiteren Ausbau und zur Behauptung seines immerhin während des Weltkrieges schon merklich ins Zittern geratenen Imperiums. So wurde die Auflösung der österreichisch-ungarischen Monarchie, jener ehrwürdigen Schutzmauer

Europas im Südosten, mit Freuden begrüßt und gefördert. Hier bediente man sich des vom amerikanischen Präsidenten Wilson in ehrlicher Absicht und völliger Unkenntnis der Verhältnisse aufgestellten Grundsatzes der „Selbstbestimmung der Nationen", um einen Jahrhunderte hindurch bestehenden Zusammenhalt verschiedener Nationalitäten zu beseitigen und an seine Stelle eine Reihe von eng begrenzten Neuschöpfungen treten zu lassen, deren Inhalt und Gestalt zu dem soeben angeführten Grundsatz in krassem Widerspruch stand: ein Ungarn, dem man rücksichtslos Teile seiner Volksgenossen entriß, einen „Freistaat" Deutsch-Österreich, der wirtschaftlich für sich nicht leben konnte, und dessen rein deutsche Bewohner ausdrücklich den Anschluß an Deutschland beschlossen hatten, sowie eine Tschecho-Slowakei, ein buntes Gemisch aus Tschechen, Slowaken, Polen und Ungarn, in das man gegen ihren Willen auch die Sudetendeutschen hineinpreßte. Damit war der Südosten nach Wunsch „geordnet", d. h. in heillose Verwirrung gebracht. Eine ähnliche Verwirrung wurde auch im Osten angerichtet. Dort ließ man Polen, ein Zentrum unablässiger Unruhen aus früherer Zeit, neu erstehen und reihte an der Ostsee entlang die Randstaaten: Litauen, Lettland und Estland auf. Die somit künstlich aufgerichteten Länder sollten Dämme gegen Deutschland und Rußland zugleich sein. Im Süden betrog man Italien um seinen Kampfeslohn im Mittelmeer, um auch ihm, dem Bundesgenossen, den Weg in eine bessere Zukunft zu versperren. Was schließlich mit Deutschland geschah, ist uns allen sattsam bewußt. An sämtlichen Grenzen verstümmelt und um Millionen seiner Volksgenossen beraubt, militärisch entwaffnet, wirtschaftlich ausgeplündert, mit dem Schandmal des Kriegsverbrechers gezeichnet, war es der brutalen Willkür der Gewinner hilflos ausgeliefert. So also sah das Europa aus, an dem das Urteil des „Gleichgewichtes" unbehindert vollstreckt war. Alle Staaten ohne Ausnahme waren Großbritannien teils als von ihm geförderte und daher abhängige Vasallen, teils als unterdrückte Sklaven untertan und seiner Gnade ausgeliefert.

Und Frankreich? Wie kam es im Schatten John Bulls auf seine Rechnung? Wie vermochte es seine stets verfolgten Ziele auf dem Festlande zu erreichen? Auch das berichtet uns die Geschichte dieser finsteren Jahre. Ein Vorstoß an das linke Rheinufer im Norden war der Republik natürlich verwehrt, Belgien und Holland mußten als Bollwerk für England erhalten bleiben. Dafür aber durfte Frankreich das deutsche Elsaß-Lothringen

nehmen und erhielt eine Hypothek auf das gleichfalls deutsche Saargebiet, das für fünfzehn Jahre dem Völkerbund unterstellt wurde und so lange Frankreich zur Ausbeutung freistand. Außerdem sollte diesem durch die Besetzung des Rheinlandes die Möglichkeit gegeben werden, auf Deutschland selbst einen dauernden Druck auszuüben, um von ihm mit Gewalt Tribut auf Tribut zu erpressen. Doch all das genügte den Politikern an der Seine nicht. Ihr Sinnen und Trachten war heimlich darauf gerichtet, wie einst zu Ludwigs XIV. und zu Napoleons Zeiten, noch weiter ins Land des Nachbarn einzudringen, und deshalb gingen sie darauf aus, eine „selbständige" Rheinrepublik zu gründen, die, vom Reiche losgerückt, ihnen als Vorwerk nach Osten dienen sollte. Das war der verborgene Zweck des Einbruchs in das Ruhrgebiet, den Poincaré im Jahre 1923 unternahm, um durch die Abschnürung einer Schlagader deutscher Wirtschaft und die Trennung der westlichen deutschen Provinzen vom Rumpfe des Ganzen die Vorbedingungen zur Ausrufung der Rheinrepublik zu schaffen, die alsbald auch von bezahlten Verrätern versucht wurde. Als jedoch die „friedliche" Eroberung am eisernen Widerstand der rheinischen Bevölkerung scheiterte, als Großbritannien zugleich, im Einklang mit seinem Gesetz des Gleichgewichtes, das Streben des Bundesgenossen, den Rheinstrom von links und rechts zu umklammern, mißbilligte, schlug Frankreich andere Wege zur Beherrschung des Kontinentes ein. Es griff zurück auf das uralte Mittel der Einkreisung Deutschlands. Dazu gab ihm die „Neuordnung" Europas, d. h. dessen heillose Zersplitterung, die beste, nur erdenkliche Gelegenheit. Denn die frisch erstandenen Gebilde rings um das Reich verdankten ja größtenteils ihre Geburt dem Niederbruch der Mitte, und die meisten von ihnen trugen daher den Hang zum Gegensatz gegen sie in sich. So ging Paris unverzüglich daran, ein dichtmaschiges Netz von Bündnissen auszuspannen, dessen Enden in seiner Hand zusammenliefen. Im Westen schloß es mit Belgien ein Militärabkommen. Im Osten vereinbarte es mit Polen gemeinsame Verteidigung für den Ernstfall. Im Südosten gewährte es den in der „Kleinen Entente" verbundenen Staaten: Rumänien, der Tschecho-Slowakei und Jugoslawien Schutz und Unterstützung. Damit warf es sich zum Führer der Kleinen auf. Damit machte es sie zu seinen Trabanten. Damit hatte es sich an die Spitze des Kontinentes gestellt.

Der Zustand, der infolge des doppelten Sieges der englischen und der französischen Richtung entstand, war der einer systematischen Auflösung und Unterdrückung. Der größte Teil: Deutschland und Deutsch-Österreich,

dazu noch deren Verbündete aus dem Weltkrieg: Ungarn und Bulgarien waren dem Absterben preisgegeben, Italien wurde geflissentlich niedergehalten, die übrigen fristeten nur durch und für die Gewinner ihr vielfach willkürlich erwecktes oder willkürlich aufgeblähtes Dasein. Europa hatte jeglichen eignen Inhalt verloren, es war eine englische Kolonie mit Frankreich als politischem Gouverneur geworden. Die Wirkung war, wie wir wissen, furchtbar. Eine schwere Krise jagte die andere, die inneren Unruhen nahmen kein Ende, und die Feindschaften einzelner Staaten untereinander, die absichtlich wachgehalten und großgezogen wurden, um das „Gleichgewicht" auszubalancieren und Frankreichs Übergewicht zu sichern, bedeuteten eine unablässige Kriegsgefahr. Vor allem der luftleere Raum der Mitte, das wehrlose, ausgesogene Deutschland, zog unwiderstehlich die Winde der Begierden seiner von Paris geleiteten Einkreiser an. Eine letzte Katastrophe der gegenseitigen Zerfleischung und damit des völligen Zusammenbruchs unseres Erdteiles konnte jeden Tag zur Entladung kommen.

Da erklang in dem fiebernden Schweigen des drohenden Unterganges auf einmal eine neue Stimme. Am 10. Oktober 1933 erließ der erst kürzlich ernannte deutsche Reichskanzler, Adolf Hitler, folgenden Aufruf:

„An das deutsche Volk!

Erfüllt von dem aufrichtigen Wunsche, das Werk des friedlichen Wiederaufbaues unseres Volkes, seines politischen und wirtschaftlichen Lebens durchzuführen, haben sich ehemals deutsche Regierungen im Vertrauen auf die Zubilligung einer würdigen Gleichberechtigung bereit erklärt, in den Völkerbund einzutreten und an der Abrüstungskonferenz teilzunehmen.

Deutschland wurde dabei bitter enttäuscht.

Trotz unserer Bereitwilligkeit, die schon vollzogene deutsche Abrüstung, wenn nötig, jederzeit bis zur letzten Konsequenz fortzuführen, konnten sich andere Regierungen nicht zur Einlösung der von ihnen im Friedensvertrag unterschriebenen Zusicherungen entschließen.

Durch die bewußte Verweigerung einer wirklich moralischen und sachlichen Gleichberechtigung Deutschlands wurden das deutsche Volk und seine Regierungen immer wieder auf das schwerste gedemütigt.

Nachdem sich die Reichsregierung nach der am 11. Dezember 1932 ausdrücklich festgelegten deutschen Gleichberechtigung neuerdings bereit erklärt hatte, an den Verhandlungen der Abrüstungskonferenz wieder teil-

zunehmen, wurde nunmehr durch die offiziellen Vertreter der anderen Staaten in öffentlichen Reden und direkten Erklärungen an den Reichsaußenminister und unsere Delegierten mitgeteilt, daß dem derzeitigen Deutschland diese Gleichberechtigung zur Zeit nicht mehr zugebilligt werden könnte.

Da die deutsche Reichsregierung in diesem Vorgehen eine ebenso ungerechte wie entwürdigende Diskriminierung des deutschen Volkes erblickt, sieht sie sich außerstande, unter solchen Umständen als rechtlose und zweitklassige Nation noch weiterhin an den Verhandlungen teilzunehmen, die damit nur zu neuen Diktaten führen könnten.

Indem die deutsche Reichsregierung daher erneut ihren unerschütterlichen Friedenswillen bekundet, erklärt sie angesichts dieser demütigenden und entehrenden Zumutungen zu ihrem tiefsten Bedauern, die Abrüstungskonferenz verlassen zu müssen. Sie muß deshalb auch ihren Austritt aus dem Völkerbund anmelden.

Sie legt diese ihre Entscheidung, verbunden mit einem neuen Bekenntnis für eine Politik aufrichtiger Friedensliebe und Verständigungsbereitschaft, dem deutschen Volke zur Stellungnahme vor und erwartet von ihm eine Bekundung gleicher Friedensliebe und Friedensbereitschaft, aber auch gleicher Ehrauffassung und gleicher Entschlossenheit.

Ich habe daher als Kanzler des Deutschen Reiches dem Herrn Reichspräsidenten vorgeschlagen, zum sichtbaren Ausdruck des einmütigen Willens von Regierung und Volk diese Politik der Reichsregierung der Nation zur Volksabstimmung vorzulegen, den Deutschen Reichstag aufzulösen, um dem deutschen Volk damit die Gelegenheit zu bieten, jene Abgeordneten zu wählen, die als geschworene Repräsentanten dieser Politik des Friedens und der Ehrenhaftigkeit dem Volke die Garantie einer unentwegten Vertretung seiner Interessen in diesem Sinne zu geben vermögen.

Als Kanzler des deutschen Volkes und Führer der Nationalsozialistischen Bewegung bin ich überzeugt, daß die ganze Nation, geschlossen wie ein Mann, hinter ein Bekenntnis und einen Entschluß tritt, die ebensosehr der Liebe zu unserem Volke und der Achtung vor seiner Ehre entspringen, wie auch der Überzeugung, daß die für alle so notwendige Weltbefriedung nur erreicht werden kann, wenn die Begriffe Sieger und Besiegte abgelöst werden von der edleren Auffassung der gleichen Lebensrechte aller.“

Was bedeutete diese Kundgebung? Rufen wir uns zunächst ihre äußeren Begleitumstände ins Gedächtnis zurück! Sie sind ohnehin in dem Aufruf

selbst kurz angedeutet. Wenn es dort heißt, daß sich „die anderen Regierungen nicht zur Einlösung der von ihnen im Friedensvertrag unterschriebenen Zusicherungen entschließen“ konnten, so ist damit das seit acht Jahren betriebene Spiel der Abrüstungskonferenz gemeint. Sie war im Jahre 1925 beim Völkerbund in Genf eingesetzt worden, nachdem das Reich nach der Feststellung der Interalliierten Abrüstungskommission gemäß den Forderungen des Diktates von Versailles restlos abgerüstet hatte. Sie war eingesetzt worden, weil die Bestimmungen des gleichen Diktates es verlangten. Danach sollten sich, wie es im I. Teil, der die Satzungen des Völkerbundes enthielt, unter Artikel 8 hieß, die Bundesmitglieder zu dem Grundsatz bekennen, „daß die Aufrechterhaltung des Friedens eine Herabsetzung der nationalen Rüstungen auf das Mindestmaß erfordert, das mit der nationalen Sicherheit und mit der Erzwingung internationaler Verpflichtungen durch gemeinschaftliches Vorgehen vereinbar ist.“ Ferner begann Teil V, durch den Deutschland die einzelnen Maßnahmen seiner Entwaffnung vorgeschrieben wurden, mit der ausdrücklichen Feststellung, daß es sich hierzu verpflichten solle, „um die Einleitung einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung aller Nationen zu ermöglichen“. Deutschland war also vorangegangen, es hatte jedes Gebot bis ins kleinste erfüllt. Nun mußten die anderen nachfolgen, und eigentlich sollte — abermals nach Teil I, Artikel 8 — der Rat des Völkerbundes „unter Berücksichtigung der geographischen Lage und der besonderen Verhältnisse eines jeden Staates die Abrüstungspläne“ entwerfen und sie „den verschiedenen Regierungen zur Prüfung und Entscheidung“ unterbreiten. Eben dies vorzubereiten, war die Aufgabe der Abrüstungskonferenz. Aber die erlauchte Versammlung, deren Mitglieder aus Wortführern der Siegermächte von 1919 und ihrer Vasallen, sowie aus einer Abordnung des im Jahre 1925 dem Völkerbunde beigetretenen Deutschen Reiches bestand, dachte gar nicht daran, mit dem wohlmeinenden Plane, der auf den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Nordamerika, W. Wilson, zurückging, Ernst zu machen. Sie hielt lediglich lange Tagungen ab, auf denen viele Ansprachen gehalten, aber keinerlei Beschlüsse gefaßt wurden, während die deutschen Anregungen und Vorschläge der Ablehnung oder der Nichtbeachtung verfielen. Sehr bald war es klar, daß die erdrückende Mehrzahl der in der Konferenz vertretenen Staaten niemals bereit war, das mit Gewalt erzwungene Beispiel des Reiches nachzuahmen. Aus Protest gegen dieses schmähliche Theater, dessen Zweck es war, den Siegern für immer das erdrückende Übergewicht

über den Besiegten zu sichern, hatte die deutsche Abordnung im Frühjahr 1932 die Abrüstungskonferenz verlassen und war erst an jenem von Adolf Hitler in seinem Aufruf erwähnten 11. Dezember 1932 wieder zurückgekehrt, nachdem ein sogenanntes Fünfmächte-Abkommen zwischen Nordamerika, Großbritannien, Frankreich, Deutschland und Italien vereinbart hatte, es solle auf einer Tagung der Abrüstungskonferenz ein Vertrag geschaffen werden, dessen Aufgabe es war, für sämtliche Staaten nach dem Grundsatz, allen Sicherheit zu bieten, „eine wesentliche Herabsetzung und Begrenzung der Rüstungen und zugleich eine Revision zum Zweck der weiteren Herabsetzung vorzusehen". Das näherte sich also dem ursprünglichen Programm und schloß für Deutschland eine Gleichstellung mit den übrigen Ländern, also eine Zusicherung seiner „Gleichberechtigung" in sich. Nun wollte jedoch nach dem großen Umschwung in Deutschland, der sich am 30. Januar 1933 in Gestalt der Machtübernahme durch den Nationalsozialismus vollzogen hatte, die Abrüstungskonferenz von dieser Zusicherung plötzlich nichts mehr wissen. Man äußerte vielmehr, das neue Reich müsse erst „eine Probezeit" durchmachen, bevor man mit ihm auf gleicher Basis verhandeln könne.

Gegen diesen Bescheid wandte sich Adolf Hitler mit dem wiedergegebenen Aufruf und beantwortete ihn durch den Beschluß des Austrittes aus dem Völkerbund. Die Umwelt hat in jenem Augenblick seine Haltung nicht verstanden. Sie war sich nicht im entferntesten deren weittragender Bedeutung bewußt. Was, so fragte sie sich verblüfft, bezweckte der Führer des deutschen Volkes, indem er die Verbindung, die seine Vorgänger mit Eifer und Mühe angestrebt und gewonnen hatten, die Verbindung mit dem Areopag der Nationen, dem Völkerbund, urplötzlich zerriß und sein Land wieder in jene Vereinsamung zurückführte, der es 1925 glücklich entronnen war? Wäre diese Umwelt fähig gewesen, die Sprache seines Aufrufes zu begreifen, hätte sie überhaupt für die Haltung, die sich darin offenbarte, einen Sinn gehabt, dann hätte sie erkannt, daß sich hier zum erstenmal ein völlig neues Zeitalter der Politik ankündigte, ein Zeitalter, das berufen war, das noch bestehende in sieghaftem Aufschwung zu überwinden. Aber das noch bestehende Zeitalter war ja seit Jahrzehnten daran gewöhnt, Worte nicht ihrem wirklichen Inhalte nach, sondern als klingende Phrasen zu nehmen, hinter denen sich etwas ganz anderes verbarg als das, was sie scheinbar besagten. Die geschmeidige, täglich geübte Unaufrichtigkeit aller Verlautbarungen der demokratischen Regierungen, deren Ziel

es immer war, die wirklichen Absichten vor dem eigenen Volk und der Welt zu verschleiern, anstatt sie klar herauszustellen, dieselbe Unaufrichtigkeit übrigens, die auch aus Wilsons ehrlich gemeintem Ansatz zur Verbesserung, eben dem Völkerbund, nichts anderes machte, als ein zynisch mißbrauchtes Instrument zur Unterdrückung der Schwachen, trübte die Einsicht. Hätten sonst nicht alle mit einem maßlosen Staunen aufhorchen müssen, als da ein Mann auftrat, der unvermittelt und unumwunden die Dinge beim Namen nannte, der die schönen Kulissen, die man behutsam aufgebaut hatte, um die öffentliche Meinung zu betören, die Kulissen der Genfer Komödie einer angeblichen Völkerbeglückung mit einer einzigen Bewegung umstieß und rücksichtslos zeigte, was war? Ein Mann des Volkes, durch dessen Darlegungen nicht nur die eherne Stimme der Entschlossenheit, sondern auch das echte Pathos längst vergessener, längst nicht mehr für voll genommener sittlicher Überzeugung klang. Begriffe wie Demütigung, Entwürdigung, Ehre nahm er nicht bloß in den Mund, nein, er baute darauf sogar eine politische Tat auf, die nach Ansicht seiner Kritiker demnach wohl kaum klug erwogen war. Das fiel so völlig aus der Art des Gepflogenen und mit Erfolg Erprobten, daß man eher darüber die Achseln zucken zu können glaubte, als daß man es für wichtig hielt. Und dennoch war es die Fanfare der Zukunft. Dennoch kündigte sich darin ein den bisherigen diplomatischen Methoden völlig entgegengesetztes Verfahren an, das ohne Umschweife und Winkelzüge aufs Ziel losschritt und ernstgemeinte Worte unmittelbar mit Taten verband.

Hitlers Aufruf war das erste Beispiel für dieses neue Verfahren. Er enthielt die strikte Abwendung von dem bisher Gewesenen und setzte an seine Stelle zwei richtunggebende Grundsätze. Der eine von ihnen war der der Anerkennung Deutschlands als eines nicht mehr geknechteten, sondern freien, den anderen völlig ebenbürtigen Landes. Allein schon die knappe Feststellung, daß die deutsche Regierung sich „außerstande" sehe, . . . „als rechtlose und zweitklassige Nation noch weiterhin an den Verhandlungen teilzunehmen, die damit nur zu neuen Diktaten führen könnten", ließ ihn mit ganzer Deutlichkeit in Erscheinung treten. Er übertrug, wenn man seinen historischen Inhalt kurz umreißen will, die Haltung der inneren deutschen, der nationalsozialistischen Revolution nach außen. Hatte doch diese Revolution soeben das am tiefsten gebeugte Volk durch Beseitigung aller trennenden Faktoren der Einzelländer und Parteien und durch Über-

windung der sozialen Gegensätze mit dem großen Gedanken der Volksgemeinschaft bereits über jene Auflösung emporgehoben, die das Merkmal der europäischen Gesamtheit war, und ihm zugleich das zurückgegeben, was ihm die Zeit der Fronarbeit für die Gewinner des Weltkrieges gänzlich geraubt hatte: das Selbstvertrauen. Geschlossenheit und Mut wurden nun zur treibenden Kraft der außenpolitischen Behauptung gemacht. Der zweite tragende Grundsatz des Aufrufes aber war das Bekenntnis zu „unerschütterlichem Friedenswillen“, dem es durch „Verständigungsbereitschaft“ gelingen sollte, die Regierungen der übrigen Länder für eine Besserung der europäischen Lage zu gewinnen und damit einen wahren Aufbau Europas in die Wege zu leiten. Beides mußte Hand in Hand miteinander gehen. Beides konnte nur dann Erfolg haben, wenn mit dem dunklen Gestern gebrochen wurde. Deshalb nahm Adolf Hitler als erstes die Loslösung seines Reiches vom Völkerbund vor und stellte dessen Trug von Gerechtigkeit die klare Forderung nach Gleichberechtigung des deutschen Volkes gegenüber. Mit genialem Geschick entlehnte er die Gründe für diesen Schritt gerade jenem Vertrag, auf den sich die anderen zur Erhaltung ihrer Gewaltherrschaft geflissentlich beriefen, dem Diktat von Versailles. Sie selbst verstießen ja wider dessen Bestimmungen, indem sie die in den Satzungen des Völkerbundes eindeutig festgelegten Verpflichtungen brachen. Jetzt, durch Deutschlands Austritt aus dem Völkerbund, war mit einem Schlage die tatsächliche Situation offenbart und, jeden Scheines entkleidet, vor den Augen der Welt erwiesen. Nunmehr vermochte das Reich frei, von sich aus mit den übrigen Mächten zu verhandeln und sie womöglich zu einer gedeihlichen Umgestaltung der verderblichen Gesamtlage zu bewegen.

Solcherweise eröffnete Adolf Hitler sein gewaltiges Ringen gegen die Zersetzung und für die Neugestaltung. Ganz im Einklang mit dem Beginn tat er alsbald einen Schritt im Sinne allgemeiner Verständigung. Da das deutsche Volk, wie wir hörten, gemäß Versailles gänzlich abgerüstet war, da es mit seinem Heer von 100 000 Mann, das nur „zur Erhaltung der Ordnung innerhalb seines Gebietes und zur Grenzpolizei dienen sollte“, da es ferner ohne Generalstab, ohne Flugwaffe, ohne Panzerwagen und Tanks außerstande war, sich überhaupt zu verteidigen, da aber andererseits die übrigen Mächte keine Neigung zeigten, ihrerseits gleichfalls abzurüsten, schlug er vor, auch Deutschland eine Aufrüstung in beschränktem Umfange zuzugestehen. Er ließ den fremden Regierungen im Dezember 1933 ein

Memorandum überreichen, dessen Kernstück aus folgenden sechs Punkten bestand:

„1. Deutschland erhält die volle Gleichberechtigung.
2. Die hochgerüsteten Staaten verpflichten sich untereinander, eine weitere Erhöhung ihres derzeitigen Rüstungsstandes nicht mehr vorzunehmen.
3. Deutschland tritt dieser Konvention bei mit der Verpflichtung, aus freiem Willen von der ihm gegebenen Gleichberechtigung nur einen so maßvollen tatsächlichen Gebrauch zu machen, daß darin keine offensive Gefährdung irgendeiner anderen europäischen Macht zu sehen ist.
4. Alle Staaten anerkennen gewisse Verpflichtungen einer humanen Kriegführung bzw. einer Vermeidung gewisser Kriegswaffen in ihrer Anwendung gegen die zivile Bevölkerung.
5. Alle Staaten übernehmen eine gleichmäßige allgemeine Kontrolle, die die Einhaltung dieser Verpflichtungen prüfen und gewährleisten soll.
6. Die europäischen Nationen garantieren sich die unbedingte Aufrechterhaltung des Friedens durch den Abschluß von Nichtangriffspakten, die nach Ablauf von zehn Jahren erneuert werden sollen."

Im Anschluß hieran beantragte das Memorandum die Vermehrung des deutschen Heeres auf 300 000 Mann, mit der Begründung, diese Zahl entspreche der Truppenzahl, „die Deutschland angesichts der Länge seiner Landesgrenzen und angesichts der Heeresstärke seiner Nachbarn benötigt, um sein nahezu allseitig bedrohtes Gebiet vor Einfällen zu behüten". Somit wurde den Regierungen der Westmächte ein weitblickendes Programm unterbreitet, das ihnen ihre Streitkräfte in der bestehenden Höhe beließ, Deutschland eine klar umgrenzte Aufrüstungsfreiheit gewährte, dabei jedoch durch bindende Abkommen, zunächst auf zehn Jahre, jeden bewaffneten Zusammenstoß ausschloß. Es war in seiner Gesamtheit ebenso würdig wie gerecht und einzig und allein auf die Sicherung des allgemeinen Gedeihens abgestellt. Der gleiche Geist, der den Aufruf vom 14. Oktober gekennzeichnet hatte, beherrschte auch das Memorandum, der Geist des selbstbewußten Ehrgefühls und zugleich der Friedensliebe.

Der Notenwechsel, der sich nun zwischen den Hauptstädten der beteiligten Länder entspann, offenbarte jedoch sehr bald, daß sich besonders Paris

eng an seinen bisherigen Standpunkt klammerte und jeder Abweichung von ihm gänzlich abgeneigt war. Während eine italienische Denkschrift Adolf Hitlers Gedankengängen zustimmte und London für eine Vergrößerung der deutschen Armee auf einen Umfang zwischen 200 000 und 300 000 Mann, daneben aber für eine Gleichheit der Truppenstärken Frankreichs, Italiens, Deutschlands und Polens eintrat, wodurch auf jeden Fall das unbedingte Übergewicht der gegen das Reich gerichteten Kräfte im Westen und Osten behauptet bleiben sollte, rückten die Pariser Antworten mehr und mehr von dem deutschen Memorandum ab. Obwohl sich Adolf Hitler bereit erklärte, auf die englischen Vorschläge einzugehen, zerriß Frankreich durch eine Note vom 17. April 1934 die Fäden der Verhandlungen, indem es der Kernidee, der Rüstungsbeschränkung auf Grund internationaler Vereinbarungen, ein hartes Nein entgegensetzte. Was es bezweckte, war nach einer Rede des damaligen deutschen Reichsaußenministers, von Neurath, „daß die Behandlung der Abrüstungsfrage im freien Belieben der hochgerüsteten Staaten steht, daß Deutschland dagegen geduldig abzuwarten hat, was sie beschließen, und daß es selbst dann kein Recht hätte, etwas zu fordern und zu tun, wenn die anderen Mächte nach den bisherigen acht Jahren noch weitere zwei oder fünf oder zehn Jahre ergebnislos verhandeln und dabei ihre eigenen Rüstungen fortgesetzt steigern“. Mit anderen Worten: Frankreich wollte den bisherigen Zustand unverändert und unbegrenzt andauern lassen, um die furchtbar gefährdete Lage des Reiches zu erhalten, ja noch zu vertiefen.

In diesem kritischen Augenblick, da Adolf Hitlers Bemühungen um einen Ausgleich durch Verständigung vereitelt wurden, offenbarte sich der Vorteil seiner infolge des Austrittes aus dem Völkerbund gewonnenen Position. Das erste Ergebnis war, daß die Abrüstungskonferenz in Genf, ihres Theatereffektes einer scheinbar ernsten Beratung unter Zuziehung des allein von der Entwaffnung betroffenen Deutschland nunmehr beraubt, ihrer kläglichen Auflösung entgegenging. Nachdem ihr Widersinn enthüllt war, starb sie an ihm. Die letzte bedeutsame Tagung der Abrüstungskonferenz am 29. Mai 1934 glich einem Begräbnis erster Klasse. Die Meinungen der Wortführer der einzelnen Staaten widersprachen sich weitgehend und zeitigten nur den einen Beschluß, verschiedenen Komitees die Untersuchung besonderer Fragen zu übertragen. Damit versickerte alles in fruchtlosen Erörterungen. Das Schauspiel war aus und zerflatterte hinter den Trümmern der Kulissen. Noch bevor sich dieser natürliche Vorgang

abgespielt hatte, ergriff jedoch Adolf Hitler die Gelegenheit, durch die Tat ein Beispiel für seine Absichten zu geben: Ganz im Einklang mit dem großen Plane seines Memorandums schloß er am 26. Januar 1934 einen Nichtangriffspakt mit Polen ab. Durch ihn bekundeten die Regierungen in Warschau und Berlin „ihre Absicht, sich in den ihre Beziehungen betreffenden Fragen, welcher Art sie auch sein mögen, unmittelbar zu verständigen". „Sollten", so hieß es in der Vereinbarung weiter, „etwa Streitfragen zwischen ihnen entstehen und sollte sich deren Bereinigung durch unmittelbare Verhandlungen nicht erreichen lassen, so werden sie in jedem besonderen Falle auf Grund gegenseitigen Einvernehmens eine Lösung durch andere friedliche Mittel suchen, unbeschadet der Möglichkeit, nötigenfalls diejenigen Verfahrensarten zur Anwendung zu bringen, die in den zwischen ihnen in Kraft befindlichen anderweitigen Abkommen für solchen Fall vorgesehen sind. Unter keinen Umständen werden sie jedoch zum Zwecke der Austragung solcher Streitfragen zur Anwendung von Gewalt schreiten." Damit war eine glänzende Probe aufs Exempel gegeben. Denn der Vertrag bedeutete nichts mehr und nichts weniger als den großzügigen Versuch des deutschen Reichskanzlers, eine ehrliche Versöhnung gerade mit dem Nachbarn seines Landes einzuleiten, der sich am Ende des Weltkrieges die größten Strecken deutschen Bodens angeeignet und seitdem durch unablässige Unterdrückung des ihm ausgelieferten deutschen Volkstums ständig die heftigsten Reibungen heraufbeschworen hatte. Konnte der Verständigungswille klarer in Erscheinung treten, konnte einwandfreier dargetan werden, daß Adolf Hitler in Wahrheit die Bahn zur Befriedung Europas beschreiten wollte und bereits beschritt?

Allein die Gegenseite wünschte ja gar nicht die Befriedung, sondern vielmehr die Behauptung des durch sie geschaffenen Zustandes, den wir eingangs geschildert haben. Darum beantwortete sie das Vorgehen Hitlers mit machtpolitischen Mitteln althergebrachter Art. In restloser Abkehr von jedem Abrüstungsgedanken nahmen vor allem die Westmächte zu Beginn des Jahres 1935 gewaltige Verstärkungen ihrer Streitkräfte vor. Am 1. März unterbreitete die französische Regierung ihrem Parlament ein neues Wehrgesetz, und französische Militärs verlangten die Heraufsetzung der Dienstzeit. Drei Tage nachher veröffentlichte die englische Regierung ein Weißbuch, das umfangreiche Vermehrungen der Kampfmittel zu Lande, zu Wasser und in der Luft ankündigte. Das geschah, obwohl gerade jetzt mündliche Verhandlungen zwischen Berlin und London über die Verhinde-

rung eines gefährlichen Wettrüstens in Aussicht genommen waren und obwohl Adolf Hitler kurz zuvor, am 1. März des gleichen Jahres, anläßlich der Rückkehr des Saargebietes zu Deutschland, in einer öffentlichen Rede großzügig versöhnliche Worte an Frankreich gerichtet hatte, indem er erklärte: „Wir hoffen, daß durch diesen Akt einer ausgleichenden Gerechtigkeit, der Wiedereinsetzung natürlicher Vernunft, wir hoffen, daß durch diesen Akt das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich sich endgültig bessert. So, wie wir den Frieden wollen, müssen wir hoffen, daß auch das große Nachbarvolk gewillt und bereit ist, diesen Frieden mit uns zu suchen. Es muß möglich sein, daß zwei große Völker sich die Hand geben, um in gemeinsamer Arbeit den Nöten entgegenzutreten, die Europa unter sich zu begraben drohen.“ Das Echo, das seine Schritte jenseits des Rheines und über dem Kanal erweckten, war nicht mißzuverstehen. Kriegerischer Waffenlärm war der Bescheid auf den Appell zum gemeinsamen Aufbau.

Jetzt gab es für Adolf Hitler keine Wahl mehr. Jetzt mußte er, wenn er an der Richtschnur seines ersten Aufrufes festhalten wollte, den Grundsatz der unbedingten Gleichstellung seines Landes mit den übrigen in den Vordergrund rücken und ihm entscheidende Geltung verschaffen, weil sonst das Übergewicht der anderen zu erdrückend wurde, um jemals einen deutschen Aufschwung zu erlauben. Blitzschnell griff er zur entscheidenden Maßnahme. Am 16. März 1935, genau am selben Tag, an dem in der französischen Kammer die Besprechung über das Gesetz zur Verlängerung der Dienstzeit stattfand, erschien in Deutschland das Gesetz der deutschen Regierung, das die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht anordnete und die Größe des Heeres auf 12 Korpskommandos und 36 Divisionen festsetzte. Zur Erklärung des Schrittes erinnerte ein Aufruf an die Ereignisse, die zu ihm geführt hatten. Er betonte zum Schluß nochmals den aufrichtigen Friedenswillen, indem er besagte: „Was die deutsche Regierung als Wahrerin der Ehre und der Interessen der deutschen Nation wünscht, ist, das Ausmaß jener Machtmittel sicherzustellen, die nicht nur für die Erhaltung der Integrität des Deutschen Reiches, sondern auch für die internationale Respektierung und Bewertung Deutschlands als eines Mitgaranten des allgemeinen Friedens erforderlich sind. Denn in dieser Stunde erneuert die deutsche Regierung vor dem deutschen Volk und vor der ganzen Welt die Versicherung ihrer Entschlossenheit, über die Wahrung der deutschen Ehre und der Freiheit des Reiches nie hinauszugehen und

insbesondere in der nationalen deutschen Aufrüstung kein Instrument kriegerischen Angriffes, vielmehr ausschließlich der Verteidigung und damit der Erhaltung des Friedens bilden zu wollen.“ Der enge inhaltliche Zusammenhang dieser Verlautbarung mit der Kundgebung, die wir an den Anfang unserer Betrachtungen stellten, liegt auf der Hand. Hier wie dort ist das Leitmotiv Sicherheit durch Gleichstellung und dadurch Verhütung von Kriegen. Getreu diesem Leitmotiv mußte Adolf Hitler vorbeugend eingreifen, um einen plötzlichen Überfall der Gegner verhindern zu können, was einzig und allein dadurch möglich war, daß Deutschland wieder eine Armee bekam. Getreu dem gleichen Leitmotiv fügte er aber der Tat für das eigene Reich alsbald einen erneuten Vorstoß zur Förderung eines vernünftigen Ausgleichs zwischen den Nationen hinzu. Am 21. Mai 1935 hielt er vor dem deutschen Reichstag eine große Rede, in der er sich zuerst mit tiefer Überzeugung gegen den Gedanken an einen Krieg wandte und darauf hinwies, daß das Diktat von Versailles „der kollektiven Zusammenarbeit der Völker das Todesurteil gesprochen“ habe. Nachdem er sodann nochmals betont hatte, daß die deutsche Reichsregierung „jederzeit bereit“ sei, sich an einem System solcher kollektiven Zusammenarbeit zu beteiligen und „Nichtangriffspakte mit ihren einzelnen Nachbarstaaten abzuschließen und diese durch alle Bestimmungen zu ergänzen, die auf eine Isolierung der Kriegführenden und eine Lokalisierung des Kriegsherdes abzielen“, entwarf er ein eingehendes Bild der internationalen Abrüstung, wie sie ihm als wünschenswert erschien. Er führte dabei aus, daß er zum Zwecke der Begrenzung uferloser Rüstungen eine „Rückkehr zu den Gedankengängen der einstigen Genfer Konvention des Roten Kreuzes“ und in Verbindung hiermit eine „schrittweise Abschaffung und Verfemung von Kampfmitteln und Kampfmethoden“ empfehle, die ihrem innersten Wesen nach im Widerspruch zu dieser Konvention ständen. In Verfolg der erwähnten Anregung erklärte er sich bereit, an dem Verbot der verschiedensten Waffensorten mitzuarbeiten.

Die von ihm entwickelten Anregungen waren bei weitem mehr als eine allgemein gehaltene Versicherung der Friedfertigkeit. Sie lieferten in Wahrheit die Grundlage für eine positive Anbahnung wirklicher Abkehr vom Kriege. Doch Adolf Hitler tat noch mehr in der Richtung auf friedliche Verständigung. Einige Wochen nach der angeführten Rede gelang es ihm, der Welt ein neues Beispiel für das von ihm angestrebte Verfahren einer solchen Verständigung zu geben. Er vereinbarte am 18. Juni 1935 ein

Flottenabkommen mit England, das bestimmte, daß „die Gesamttonnage der deutschen Flotte nie einen Prozentsatz von 35 der Gesamttonnage der vertraglich festgelegten Seestreitkräfte“ des britischen Weltreiches überschreiten solle. Damit bekundete das Reich nach den Worten seines Führers, daß es „weder die Absicht, noch die Notwendigkeit, noch das Vermögen“ habe, „in irgendeine neue Flottenrivalität einzutreten“. Hier war der Weg zu einer vernünftigen Rüstungsbeschränkung bereits beschritten, hier lieferte Deutschland einen unwiderleglichen Beweis dafür, daß es niemand gefährden, nur sich selbst schützen wollte.

Wie aber lautete nun die Antwort derer, die Adolf Hitler unablässig zum Neuaufbau der europäischen Völkergemeinschaft aufforderte? Statt auf seine Vorschläge einzugehen oder sie auch nur zu prüfen, machten die Wächter des alten Zustandes einen politischen Schachzug, der ihnen als besonders geeignet erschien, ihre erdrückende Übermacht noch zu vergrößern: Frankreich ging ein Bündnis mit Rußland ein. Dadurch sollte die östliche Hälfte des Ringes um die Mitte ins Gigantische erweitert werden. Das Ereignis hatte sich seit längerer Zeit angebahnt. Die Aufnahme der Sowjetunion in den Völkerbund, die besonders von der französischen Abordnung in Genf befürwortet wurde und am 8. September 1934 erfolgte, war das Vorspiel. Denn kurz nachher empfahl der offizielle Heeresberichterstatter der französischen Kammer eine „förmliche Entente“ seines Landes mit Moskau, und zwar unter dem ausdrücklichen Hinweis darauf, daß Rußland „ein ansehnliches, gut ausgerüstetes und gut ausgebildetes Heer ... Frankreich im Falle eines Konfliktes anbiete“. Bald antwortete der russische Volkskommissar des Äußeren, Litwinow, in zustimmender Weise. Am 2. Mai 1935 wurde dann der Text eines Paktes zwischen der Republik und der Sowjetunion verabredet, auf Grund dessen sich beide Länder gegenseitige Hilfe versprachen, „falls eines von ihnen Gegenstand eines nicht herausgeforderten Angriffes von seiten eines europäischen Staates werden sollte“.

Es bedarf nicht vieler Worte, um darzutun, wie ungeheuer sich der auf Deutschland ausgeübte Druck durch das Zusammengehen der zwei genannten Mächte vermehrte. Zu der ursprünglichen allseitigen Umzingelung trat nun ein Land hinzu, das über unerschöpfliche Menschenmassen verfügte. Überdies schloß am 16. Mai 1935 noch die bereits mit Frankreich verbündete Tschecho-Slowakei einen Beistandspakt mit Rußland ab, der sie zur Verbindungsbrücke zwischen dem Widersacher Deutschlands im

Osten und dem im Westen werden ließ. Die so entstandene Gruppe von Staaten, die gegen das Reich gerichtet war, änderte die gesamte Lage in einem geradezu unvorstellbaren Ausmaß zu dessen Nachteil.

Angesichts dieses unheilvollen Umschwunges war Adolf Hitler abermals genötigt, den Schutz seines Volkes zu erhöhen, um ihm die anfangs gelobte Selbständigkeit seines Daseins zu retten. Erst erhob er auf diplomatischem Wege gegen den russisch-französischen Pakt Einspruch. Er wies in einer Note an England, Italien, Frankreich und Belgien darauf hin, daß die geplante Abmachung zu dem am 16. Oktober 1925 zwischen den genannten Mächten und Deutschland abgeschlossenen Locarno-Vertrag im Widerspruch stehe. Durch diesen Vertrag hatten sich das Reich auf der einen und Frankreich und Belgien auf der anderen Seite das Versprechen gegeben, einander nicht zu bekriegen, wobei England und Italien die Garantie für die Einhaltung eines solchen Versprechens übernommen hatten. Im Zusammenhang hiermit war Deutschland darauf eingegangen, die im Vertrag von Versailles verlangte Entmilitarisierung seines Gebietes links des Rheines und einer Strecke rechts des gleichen Flusses in der Breite von 50 Kilometern durchzuführen. Damit sollte Frankreich jede nur erdenkliche Gewähr für den ungeschmälerten Bestand seiner 1919 festgelegten östlichen Grenze geleistet und zugleich Deutschland vor neuen Angriffen nach dem Muster des Ruhreinbruches geschützt werden. Wenn Paris nun Moskau Unterstützung für einen etwaigen Kampf zusagte, verstieß es gegen die Grundlagen des Locarno-Vertrages und besaß für den vorgesehenen Fall die Möglichkeit, die von allem militärischen Schutz entblößte Rheinzone als riesiges Einfallstor in das Land des Nachbarn zu benutzen. Der deutsche Protest blieb jedoch vergeblich. Die Republik und die Sowjetunion beharrten auf ihrer Absicht, und England und Belgien schlossen sich dem ablehnenden Standpunkt der französischen Erwiderung auf die Einwände Berlins an. Am 27. Februar 1936 nahm die Pariser Kammer den Pakt an. Nunmehr mußte Adolf Hitler andere Maßnahmen ergreifen, um den Schlag zu parieren. Am 7. März 1936 hielt er vor dem Reichstag eine große Rede, in der er zunächst einen Rückblick auf die fernere und nähere Vergangenheit und seinen bisherigen Kampf um die Gleichberechtigung Deutschlands brachte. Im Anschluß hieran verlas er, auf den russisch-französischen Pakt übergehend, ein den Signatarmächten des Locarno-Vertrages am gleichen Tage zugestelltes Memorandum, in dem dargetan war, dieser Vertrag habe durch das militärische Bündnis zwischen Paris

und Moskau „seinen inneren Sinn verloren und praktisch aufgehört zu existieren“. Dann aber machte er die Mitteilung, „daß in den westlichen Provinzen des Reiches deutsche Truppen soeben ihre künftigen Friedensgarnisonen bezogen“. Er beantwortete also die vermehrte Bedrohung mit einer Verstärkung der Sicherheit, indem er das riesige Einfallstor Frankreichs im Rheinland schloß.

Seine Tat, die ebenso kühn wie berechtigt war, wurde jedoch genau wie die bisherigen Schritte zur Befreiung Deutschlands von einem diesmal ganz besonders umfassenden Plan zur Befriedung Europas begleitet, den er am 31. März 1936 der englischen Regierung überreichen ließ. Die Denkschrift, in der dieser Plan entwickelt wurde, ging zunächst von den beiden Grundsätzen aus, die wir im Aufruf des 14. Oktober 1933 wirksam sahen, indem sie darauf hinwies, daß das deutsche Volk entschlossen sei, „unter allen Umständen seine Freiheit, seine Selbständigkeit und damit seine Gleichberechtigung zu wahren“ und zugleich aus aufrichtigem Herzen wünsche, „mit allen seinen Kräften mitzuhelfen am großen Werk einer allgemeinen Versöhnung“. Dann erläuterte sie in Anknüpfung an die Vorgeschichte des 7. März die Auffassung, „daß die Tendenz, Europa mit Militärbündnissen zu durchziehen, überhaupt dem Geist und Sinn der Aufrichtigkeit einer wirklichen Völkergemeinschaft widerspreche“. Und schließlich warf sie die Frage auf, was statt dessen „das Ziel der Bemühungen der europäischen Diplomatie sein solle“. Die Antwort, die hierauf gegeben wurde, lautete, man müsse danach trachten, „unter allen Umständen zu einer wirklich konstruktiven Ordnung des Verhältnisses der europäischen Nationen untereinander und damit einer dauerhaften Friedensgestaltung und -sicherung zu kommen“. Daran schloß sich ein umfassender Friedensplan an. Er lief in der Hauptsache auf den Vorschlag hinaus, „den Abschluß eines 25jährigen Nichtangriffs- bzw. Sicherheitspaktes zwischen Frankreich und Belgien einerseits und Deutschland andererseits“ anzubahnen, den wieder England und Italien als Garantiemächte unterzeichnen sollten. Hierbei wurde noch ein besonderer Luftpakt vorgesehen und außerdem die Einbeziehung der Niederlande in das Vertragssystem angeregt. Da das Kernproblem der in Aussicht genommenen Regelung die Beilegung „jahrhundertelanger Entzweiung“ zwischen Frankreich und Deutschland war, sollten sich diese Länder verpflichten, „darauf hinzuwirken, daß in der Erziehung der Jugend alles vermieden wird, was als Herabsetzung, Verächtlichmachung oder unpassende Einmischung in die inneren Angelegenheiten der anderen

Seite geeignet sein könnte, die Einstellung der beiden Völker gegeneinander zu vergiften", und eine besondere „gemeinsame Kommission am Sitze des Völkerbundes in Genf" sollte beauftragt werden, „einlaufende Beschwerden den beiden Regierungen zur Kenntnisnahme und Überprüfung vorzulegen". Zur weiteren Verankerung der Versöhnung im Bewußtsein der deutschen und französischen Nation wurde noch der Rat erteilt, die Ratifizierung der geplanten Abmachung „durch eine Abstimmung von den beiden Völkern selbst vornehmen zu lassen", um so „dieser Abmachung den Charakter eines heiligen Vertrages zu geben". Ferner wollte Deutschland nach den Erklärungen der Denkschrift die Staaten an seiner Südost- und Nordostgrenze zum Abschluß von Nichtangriffspakten einladen und nach dem Zustandekommen der genannten Verträge wieder in den Völkerbund eintreten, in der Erwartung, „daß im Laufe einer angemessenen Zeit auf dem Wege freundschaftlicher Verhandlungen die Frage der kolonialen Gleichberechtigung sowie die Frage der Trennung des Völkerbundsstatutes von seiner Versailler Grundlage geklärt wird". Zuletzt wurde noch vorgeschlagen, „ein internationales Schiedsgericht zu bilden, das für die Einhaltung dieses Vertragswerkes zuständig sein soll und dessen Entscheidungen für alle bindend sind". Im Anschluß an das geschilderte Werk der allgemeinen Befriedung sollten dann praktische Maßnahmen einsetzen, um „einem uferlosen Wettrüsten Einhalt zu gebieten". Hierfür wurde die „Einberufung von Konferenzen" angeregt, die im Einklang mit der Rede Adolf Hitlers vom 21. Mai 1935 zunächst der Reihe nach aufgeführte praktische Aufgaben zu lösen hatten, die künftigen Kriegen vorbeugen sollten.

Überblickt man das Ganze des hier im Auszug wiedergegebenen Friedensplanes, so muß man zugeben, daß er die tief durchdachte Grundlage zu einem wahren Neuaufbau Europas bot, der geeignet war, eine glückliche Zukunft der Völker heraufzuführen. Er enthielt in der Tat die volle Möglichkeit zu einer schöpferischen Gestaltung des Schicksals unseres Erdteils, zu einer Überwindung aller jener verderblichen Gegensätze und Feindschaften, die im System von Versailles begründet waren und wie Minen für den Ausbruch eines neuen furchtbaren Zusammenstoßes wirkten. Es ist verführerisch genug, sich auszumalen, welchen Weg die Entwicklung Europas genommen hätte, wenn Adolf Hitlers Friedensplan damals — im Jahre 1936 — Gehör gefunden hätte.

Aber die harten Tatsachen verboten eine solche Entwicklung — die

harten Tatsachen der auf Gewalt eingestellten Absichten der Gegenseite. Denn was unternahm diese Gegenseite? Die französische Regierung, die in den ersten Tagen nach der Remilitarisierung des Rheinlandes sogar an Krieg gedacht hatte, wandte sich beschwerdeführend an den Völkerbund, der dann Adolf Hitlers Maßnahme als eine „offenkundige Verletzung" des Vertrages von Versailles hinstellte. Im übrigen aber stellte sie der englischen Regierung eine Erwiderung auf die deutsche Denkschrift vom 31. Mai 1936 zu und reichte dabei einen eigenen Friedensplan ein, dessen Grundgedanke nicht die Versöhnung, sondern die Erhaltung des „bestehenden Zustandes", also gerade der 1919 geschaffenen Lage war, die Adolf Hitler ein für allemal zu überwinden trachtete. Gestützt auf den hierdurch zum Ausdruck gebrachten Standpunkt eines starren Festhaltens an der europäischen Destruktion, richtete London eine Note an Berlin, die unter anderem die hämische Frage aufwarf, „ob Deutschland der Ansicht ist, daß nunmehr ein Abschnitt erreicht ist, an dem es erklären kann, daß es die bestehende gebietsmäßige und politische Ordnung anerkennt und zu achten beabsichtigt, soweit diese nicht später im Wege freier Verhandlung und Übereinkunft abgeändert werden sollte". Ging schon aus derartigen schriftlichen Erklärungen die Absicht der Westmächte hervor, jede weitere Befreiung des Reiches von den noch vorhandenen Fesseln, also seinen Aufstieg zu wahrer Gleichberechtigung zu verhindern, so sprachen ihre Taten eine noch krassere Sprache.

In diesem Augenblick, da sich für Europa alles zum Besten hätte wenden können, da ein Ausgleich der Interessen und durch ihn der Anfang zu frischer Blüte sichtbar nahestand, griff England entscheidend ein, um einen solchen Aufstieg zu verhindern. Das ihm erwünschte „Gleichgewicht" auf dem Kontinent, d. h. dessen völliges Untergewicht erschien dem Inselreiche bereits als bedroht. War es auch bisher von Fall zu Fall gelungen, die Bemühungen Hitlers um eine Genesung des Festlandes stets zu vereiteln, so hatte der Führer Deutschlands es doch vermocht, sein eigenes Land aus der Ohnmacht aufzurichten und mit stolzer Kraft zu erfüllen. Ja, mehr noch! Der Starke war nicht allein geblieben. Ihm hatten sich nicht nur andere Staaten, die durch Unterdrückung litten, angelehnt, wie etwa Ungarn und Bulgarien. Nein, er hatte sogar einen zweiten Starken, der gleich ihm in entschlossenem Aufstieg begriffen war, zum Freunde gewonnen: das Italien Mussolinis. Das Land im Süden war durch seinen genialen Duce aus der schweren Agonie nach dem Weltkrieg zum kühnen

Willen des Faschismus emporgerissen und zu der Erkenntnis erweckt worden, daß es von seinen früheren Bundesgenossen, den Westmächten, übervorteilt und in seiner natürlichen Entfaltung gehemmt war. Diese Erkenntnis hatte sich bald zum bitteren Erlebnis gesteigert. Als nämlich Italien im Jahre 1935 im Kampf mit Abessinien stand, da suchten ihm England und Frankreich in den Arm zu fallen, indem sie, zusammen mit ihren Vasallen im Völkerbund die Blockade über die Halbinsel verhängten, um ihr dadurch den Sieg zu entwinden. Doch Italien hatte dennoch gesiegt, und Deutschland war der Blockade fern geblieben. Die Annäherung zwischen den beiden war bereits im Gange, als in Spanien der Bürgerkrieg ausbrach und sich dort die jungen Kräfte unter Franco gegen den Umsturz der Linken erhoben. Jetzt traten das faschistische Imperium und das nationalsozialistische Reich Schulter an Schulter für Franco ein, während die demokratischen Mächte des Westens dessen Feinde unterstützten. Aus der Gemeinsamkeit des Wollens und Handelns erwuchs eine feste Freundschaft zwischen Berlin und Rom, erwuchs die Achse, deren geschlossene Einheit den Widerstand gegen den europäischen Niedergang gewaltig vermehrte.

Aus alledem zog London nicht etwa den Schluß, daß es richtig sei, sich mit den aufwärtsstrebenden Kräften zu verständigen, es ging vielmehr ganz systematisch dazu über, sie einzukreisen und zu vernichten, um so sein Zerstörungswerk von 1919 zu retten. Für sein Vorhaben aber wählte es nach außen hin die altbewährte Formel, daß es genötigt sei, einer Reihe von Ländern „Schutz“ zu gewähren. Die hiervon Betroffenen waren dazu ausersehen, auf dem Festlande gegen jene angesetzt zu werden, die sich gegen die Niederhaltung wandten und damit das schöne „Gleichgewicht“ störten. Das erste Volk, dem ein solches Geschick bereitet wurde, war das französische. Geblendet von dem Verlangen, die führende Stellung zu behaupten und deren Grundlage über das Netz der Verträge mit Belgien, Polen, der Kleinen Entente und Rußland noch weiter auszubauen, warf sich seine Regierung ohne Bedenken in Großbritanniens Arme. Sogleich nach der Kündigung des Locarno-Abkommens durch Deutschland übernahm England die Garantie für Frankreichs Grenzen. Aber dabei blieb man nicht stehen! Beide Staaten eröffneten unverzüglich — ganz nach dem Beispiel der Jahre vor dem Weltkrieg — regelmäßige Besprechungen ihrer Generalstäbe zum Zwecke der Vereinbarung gemeinsamer Kampfhandlungen für den Ernstfall. Das war — wir wissen es aus Erfahrung — die Vorbereitung zum Angriff auf Deutschland. Jetzt wurden wie einst die

Größe der britischen Expeditionsarmee und ihr Zusammengehen mit dem französischen Heere vereinbart. Jetzt war man — im Jahre 1936 — zum Jahre 1906 zurückgekehrt. Was folgen mußte, konnte niemand bezweifeln. Der englische Kurs wies deutlich auf Krieg.

Angesichts dieser äußersten Gefahr, die nun vom britischen Norden, vom französischen Westen, vom tschechischen Süden und vom Osten drohte, hat Adolf Hitler mit unvergleichlicher Stoßkraft die engste Umzingelung durch seine Schläge im Laufe des Jahres 1938 durchbrochen. Er tat es, indem er zugleich die Basis seiner Position, die Basis der europäischen Lösung auf Gebiete des deutschen Volkstums ausdehnte, die die Destruktion von 1919 absichtlich von Deutschland losgerissen hatte. Genau wie bei seinem Ringen um Gleichberechtigung berief er sich auch hier mit unbestreitbarem Recht auf Versprechungen der Gewinner von einst, die von ihnen selbst gebrochen waren. Er appellierte an das mit Füßen getretene „Selbstbestimmungsrecht der Nationen" und vollzog unter Hinweis auf diese Losung der Gegner zunächst am 13. März die Wiedervereinigung Deutsch-Österreichs mit dem Reiche und dann am 29. September die Loslösung der Sudetendeutschen aus der Gewalt der Tschechen. Und als dann die Tschecho-Slowakei der inneren Auflösung ihres naturwidrigen Völkergemisches entgegenging, erklärte er sich bereit, den Slowaken Schutz zu gewähren und Böhmen und Mähren dem Deutschen Reiche als Protektorat anzugliedern. Damit hatte er neben der Erweiterung des Raumes der Mitte unermeßlich viel für Deutschlands Sicherheit gewonnen. Die Kette der Umzingelung war an einer äußerst gefährlichen Stelle zerrissen und überdies die unmittelbare Verbindung zu dem befreundeten Italien hergestellt. Die Ereignisse hatten sich so blitzartig und mit einer solch unwiderstehlichen Naturnotwendigkeit abgerollt, daß die Gegenseite nicht nur nicht Halt zu gebieten vermochte, sondern auf halbem Wege sogar ihre Zustimmung erteilen mußte. Das geschah in München — Ende September 1938 — in Gestalt der Aussprache zwischen Hitler und Mussolini einerseits und dem englischen Premierminister Chamberlain sowie seinem französischen Kollegen Daladier andererseits, bei der die letzteren ihr Einverständnis mit der Befreiung der Sudetendeutschen erteilten.

Aber dieses Einverständnis war weit davon entfernt, zugleich eine Hinkehr zur friedlichen Neuordnung unseres Erdteiles zu bedeuten. Allerdings versuchte Adolf Hitler von sich aus alles, was in seiner Macht stand, um sie zu ermöglichen. Bewegte er doch in München Chamberlain zur Unter-

zeichnung einer Verabredung, nach deren Wortlaut die zwei Staatsmänner das dort getroffene Abkommen und den deutsch-englischen Flottenvertrag „als symbolisch für den Wunsch ihrer beiden Völker“ ansahen, „niemals wieder gegeneinander Krieg zu führen“ und einander versprachen, sich weiter zu bemühen, „etwaige Ursachen von Meinungsverschiedenheiten aus dem Wege zu räumen, um auf diese Weise zur Sicherung des Friedens Europas beizutragen“. Und zwei Monate später begab sich der deutsche Außenminister von Ribbentrop nach Paris und vereinbarte daselbst mit seinem französischen Kollegen Georges Bonnet eine Übereinkunft des Inhalts, „daß friedliche und gutnachbarliche Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich eines der wesentlichsten Elemente der Konsolidierung der Verhältnisse in Europa und der Aufrechterhaltung des allgemeinen Friedens darstellen“, weshalb die beiderseitigen Regierungen sich gelobten, „alle Kräfte dafür einzusetzen, daß eine solche Gestaltung der Beziehungen ... sichergestellt wird“. Ja, die Abmachung enthielt darüber hinaus noch die feierliche Erklärung der endgültigen Anerkennung der „Grenze zwischen ihren Ländern, wie sie gegenwärtig verläuft“ und damit also den dauernden Verzicht Deutschlands auf Elsaß-Lothringen.

Dennoch nahmen die Dinge eine den Bemühungen Adolf Hitlers völlig zuwiderlaufende Wendung, weil vor allem Großbritannien im strikten Gegensatz zu dem vom Leiter seiner Politik gegebenen Wort, nunmehr unmittelbar und ganz offen den Kriegspfad weiter beschritt und die bereits begonnene Einkreisung Deutschlands zu einem wahrhaft umfassenden System der Erdrosselung ausbaute. Derselbe Chamberlain, der gemäß dem Münchner Abkommen „niemals wieder“ gegen das Reich Krieg führen wollte, traf alsbald Anstalten, um den größten Krieg aller Zeiten zu entfesseln.

Das erste, was er tat, war, daß er die mit Frankreich bereits eingeleiteten Vorbereitungen zum gemeinsamen Kampf immer mehr beschleunigte und auf die Spitze trieb. Am 26. Januar 1939 konnte der französische Außenminister Bonnet vor seiner Kammer erklären, die fortlaufenden Besprechungen zwischen London und Paris hätten ergeben, daß im Ernstfalle „alle Streitkräfte Großbritanniens zur Verfügung Frankreichs stehen würden, ebenso wie alle Streitkräfte Frankreichs zur Verfügung Großbritanniens stehen würden. Es sei deshalb nur natürlich, daß Frankreich wünsche, daß die britische Nation ihre Militärmacht bis zur Maximalgrenze erhöhe, ebenso wie es der Wunsch Großbritanniens sei, Frankreichs

Militärmacht bis zur Maximalgrenze erhöht zu sehen". Unmittelbar danach wandte sich der englische Premierminister vom Westen auch dem Osten zu. Schon im März 1939 wurde von ihm ein Bündnis mit Polen angebahnt. Am 6. April konnte Chamberlain im Unterhaus mitteilen, seine inzwischen mit dem polnischen Außenminister gepflogenen Verhandlungen hätten zu der Verabredung geführt, daß beide Länder bereit seien, „ein dauerndes und wechselseitiges Abkommen zu schließen", auf Grund dessen sie sich versprechen wollten, einander „Unterstützung im Fall irgendeiner unmittelbaren oder mittelbaren Bedrohung des einen oder anderen Staates zu gewähren". Etwas später gab er dann bekannt, „Seiner Majestät Regierung habe ... Rumänien und Griechenland die besondere Zusicherung gegeben", daß sie sich im Falle einer Aktion, die die Unabhängigkeit der zwei Staaten offensichtlich bedrohe, „für verpflichtet halte, ihnen unverzüglich jede in ihrer Macht liegende Unterstützung zu gewähren". Zugleich stellte er eine Ausdehnung dieses Verfahrens auf die Türkei in Aussicht. Aber er griff noch weiter aus! Schon vorher trafen Nachrichten ein, daß England auch mit Sowjetrußland Fühlung aufgenommen hatte, um es in das Gefüge seines Bündnissystemes einzugliedern. Hier wurde also die Einkreisung Deutschlands in einer Ausdehnung angestrebt und vollzogen, wie sie in der Geschichte ihresgleichen nicht hatte. Der Zweck war eindeutig klar. Das Reich sollte durch die ungeheure Wucht nahezu sämtlicher europäischer Länder einfach erdrückt und zerschlagen werden.

Trotz des in Erscheinung tretenden, maßlosen Vernichtungswillens der Gegenseite versuchte Adolf Hitler noch einmal den Frieden zu retten. Er, der soeben, am 23. März 1939, durch einen Vertrag mit Litauen auf dem Wege gegenseitiger Übereinkunft das deutsche Memelland zurückgewonnen hatte, wandte sich im Einklang mit dem deutsch-polnischen Abkommen vom Jahre 1934 nach Warschau und schlug dort zur Beseitigung aller Reibungsflächen für die Zukunft eine bereinigende Vereinbarung vor. Danach sollte dem Reiche die kerndeutsche Freistadt Danzig wiedergegeben und durch den polnischen Korridor eine Straße und eine Eisenbahnlinie eingeräumt werden, während Polen in Danzig die Anerkennung seiner sämtlichen wirtschaftlichen Rechte und ein Freihafen, sowie ein 25jähriger Nichtangriffspakt zur Sicherung seines Landes zugestanden wurde. Sofort jedoch offenbarten sich die Folgen von Chamberlains Wirken. Polen lehnte ab und bewies damit, daß es, aufgestachelt durch Großbritanniens „Schutz", entschlossen war, die Bahn

gütlicher Verständigung mit Deutschland zu verlassen. Das war ein untrügliches Zeichen für die Absichten der englischen Front.

Jetzt hatte die Stunde der höchsten Bedrohung für Deutschland unweigerlich geschlagen, jetzt rüsteten sich die Feinde unmittelbar zum Angriff. Jetzt sollten Gleichberechtigung und Freiheit des deutschen Volkes für immer im Kerne getroffen und zertreten werden.

Allein — am Rande des Abgrunds — bewährte sich die Größe Adolf Hitlers in einzigartiger Weise. Mitten in der Nacht dunkelster Bedrohung löste er das Gelöbnis ein, das er seiner Nation am 14. Oktober 1933 feierlich geleistet hatte. Mit einer blitzartigen Tatkraft ohne Beispiel in der Geschichte riß er im letzten Augenblick in den riesigen Wall der Umzingelung breite Lücken, die diesen entscheidend schwächten. Am 22. Mai 1939 wurde durch Ribbentrop der Bündnispakt zwischen Deutschland und Italien abgeschlossen, in dem sich die beiden Mächte verpflichteten, einander „mit allen militärischen Kräften zu Lande, zur See und in der Luft zu unterstützen, falls eines von ihnen in kriegerische Verwicklungen mit einer anderen Macht oder mit anderen Mächten gerät". Und am 23. August 1939 kam als Ergebnis einer Reise Ribbentrops nach Moskau zum Staunen der Welt ein Nichtangriffs- und Konsultationsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion zustande, der jede aggressive Handlung zwischen den genannten Ländern ausschloß und eine ständige Fühlungnahme für die Folgezeit in Aussicht stellte. So war Deutschland im Süden der Gemeinschaft mit einem starken Freunde gewiß und im Osten von einem atemberaubenden Druck befreit. Im Westen aber hatte Adolf Hitler ein gewaltiges Bollwerk von Befestigungen errichten lassen, das jedes Eindringen unmöglich machte.

Als sich nun Polen, der Trabant Großbritanniens, gegen Deutschland erhob und unmittelbar darauf England und Frankreich den lange angebahnten Krieg erklärten, da begann der gewaltige Kampf um die Entscheidung. Nicht allein um die Entscheidung über Deutschland, sondern, wie wir zeigen konnten, auch über Europa. Denn die große Frage der Stunde lautet: Soll Europa weiterhin, wie seit 350 Jahren, Opfer der Machtgier des britischen Imperiums und der Herrschaftsgelüste Frankreichs sein, oder soll es in freier Behauptung der eigenen Kräfte zu stolzer Blüte gedeihen. Das ganze Streben Adolf Hitlers ging seit jenem 14. Oktober 1933, an dem er zuerst außenpolitisch hervortrat, darauf aus, der Destruktion unseres Erdteiles den sinnvollen Aufbau entgegenzustellen,

den Aufbau vom Herzen, von der Mitte her, der dem Norden des Festlandes immer, so lange die Geschichte währt, den Frieden zu schenken vermochte, genau wie im Süden Italien von der Mitte des Mittelmeeres aus zur Befriedung der anwohnenden Völker die Führung übernehmen muß. Es geht hierbei nicht um Willkür und Unterdrückung, es geht um Entfaltung gemeinsamer Lebensgesetze, deren Wirken durch die Gewalt von außen her, durch England und Frankreich, so oft gehemmt und erstickt worden ist. Wer Europa will, muß den Sieg seines wahren Vorkämpfers wollen, den Sieg Adolf Hitlers.

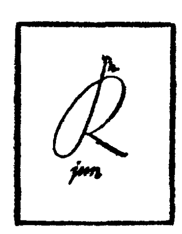
FRIEDRICH STIEVE

Wendepunkte europäischer Geschichte

vom Dreißigjährigen Krieg bis zur Gegenwart

Mit 16 Abbildungen auf Tafeln

Zweite, durchgesehene Auflage



VERLAG PHILIPP RECLAM JUN. LEIPZIG

Printed in Germany 1941. Reclam-Druck Leipzig M/0800
Verlags-Archiv Nr. 139